

## Protokoll

Sitzung Nr. 6  
 Datum **Mittwoch, 24. August 2011**  
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 21.00 Uhr

Vorsitz	Martin Kocher	SP 1
1. Vizepräsident	Hans-Peter Baumann	SVP 1
StimmzählerIn	Klaus Jost	SVP 1
	Nicole Zeiter	SP 1
Mitglieder	Markus Dietiker	
	Hannah Einhaus	
	Reto König	
	Hans-Jörg Rhyn	
	Peter Traber	
	Elisabeth Wendelspiess	SP 6
	Elisabeth Aebi-Lehmann	
	Peter Bähler	
	Marianne Baumann	
	Markus Burren	
	Hans Ulrich Dubler	
	Marianne Pfister	
	Bettina Ritter	SVP 7
	Heinz Buser	
Reto Hämmig		
Patrick Heimann		
Urs Julmy		
Markus Lötscher		
Johanna Thomann	FDP 6	
Thomas Ackermann		
Susanne Meierhans (ab 19.55 Uhr)		
Denise Mellert	CVP 3	

	Pierre-Yves Crettenand Annemarie Zingg	EVP 2
	Anne-Lise Greber-Borel Peter Kofel Christioph Merkli Marceline Stettler Bruno Vanoni	GFL 5
	Toni Oesch	FdU 1
		34
Abwesend	Adrian Gehri Patric Magnani Ralph George	FDP 3
	Beat Nydegger	SP 1
	Roland Stucki Notta Arn-Wiedmer	EVP 2
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Mirjam Veglio Joseph Crettenand Liselotte Huber-Affolter Sabine Huber-Spari Edgar Westphale	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Yves Marti, Gemeindeschreiber-Stv.	
Anzahl Zuhörende	2 Medien	

## Geschäfte

47	Pro Protokoll Protokoll vom 25. Mai 2011 .....	166
48	34.131. Schulanlage Sekundarstufe I Sekundarstufe I; Sanierung Aulabühne; Abrechnung Verpflichtungskredit .....	166
49	34.131. Schulanlage Sekundarstufe I Sekundarstufe I; Betonsanierung; Abrechnung Verpflichtungskredit .....	166
50	1.12.31 Reglement über Wahlen und Abstimmungen Reglement über Abstimmungen und Wahlen in Gemeindeangelegenheiten; Änderung .....	167
51	1.92. Parlamentarische Vorstösse Signalisation wichtiger öffentlicher Verkehrspunkte (Postulat Mirjam Veglio und Mitunterzeichnende).....	168
52	1.92. Parlamentarische Vorstösse Postulat Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Energiesstadt- Gold dank Stromsparen"; Erheblicherklärung.....	169

53	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend "Amphibienschutz auf der Kirchlindachstrasse", Antwort.....	175
54	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Marceline Stettler und Mitunterzeichnende betreffend "Wie sorgt Zollikofen für den Umwelt- und Landschaftsschutz?"; Antwort .....	176
55	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Marceline Stettler und Mitunterzeichnende betreffend "Platz für Bibliothek, Tagesschule, Ludothek und Musikschule"; Antwort .....	176
56	1.92. Parlamentarische Vorstösse Einfache Anfrage Pierre-Yves Crettenand betreffend "Gibt es eine Alternative zum Wasserverbund Region Bern AG?"; Antwort.....	177
57	1.92. Parlamentarische Vorstösse Einfache Anfrage Denise Mellert und Mitunterzeichnende betreffend "Schulraumzuweisung für die Musikschule Bremgarten – Zollikofen", Antwort.....	177
58	1.92. Parlamentarische Vorstösse Dringliche Motion Hans-Jörg Rhyn betreffend "AKW Mühleberg – unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz!" .....	177
59	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Elisabeth Wendelspiess betreffend "Wie sicher sind die Angestellten der Sozialdienste in Zollikofen?" .....	180

## GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Der Protokollführer

## Verhandlungen

Präsident: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte, liebe Ratsmitglieder, liebe Gäste und Pressevertreter. Nach der Sommerpause geht es weiter und ich begrüsse euch zu einer weiteren GGR-Sitzung. Heute Abend haben wir keine Sachverständigen beigezogen. Entschuldigt haben sich Adrian Gehri von der FDP Fraktion, Beat Nydegger von der SP Fraktion und Roland Stucki von der EVP Fraktion.

Ich stelle fest, dass 33 Mitglieder anwesend sind. Demzufolge kann ich Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

---

### Mitteilungen des Präsidenten

Präsident: Ich möchte zu Beginn noch kurz etwas zum GGR-Ausflug von diesem Samstag, 27. August 2011 sagen: Ihr konntet in der Einladung lesen, dass wir uns bei der Gemeindeverwaltung treffen. Das ist nicht mehr richtig. Ihr habt bereits ein E-Mail von Yves Marti, Gemeindeschreiber-Stv., über diese Änderung erhalten. Ich erwähne dies noch einmal: Wir treffen uns bei der katholischen Kirche und werden durch den Hintereingang die Blindenschule betreten. Es gibt dort, wie ihr alle wisst, einige Parkplätze. Ich möchte euch bitten nicht vor der Blindenschule zu parkieren, da dort am Nachmittag ein grösserer Anlass durchgeführt wird und sie diese Parkplätze selber benötigen. Am 5. Juni durfte ich hier in Zollikofen am Mittelländischen Schwingfest teilnehmen und unseren Rat dort vertreten. Es war für mich ein interessantes Erlebnis, ein solches Schwingfest einmal aus der Nähe mitzuerleben. Ich konnte sehen, dass dort sehr viel Arbeit von den Vereinen von Zollikofen und Münchenbuchsee geleistet wurde. Ich möchte allen, welche an diesem Anlass mitgewirkt haben danken und finde es schön, dass es möglich ist, solche Anlässe durchzuführen. Auf euren Pulten könnt ihr wiederum einige Unterlagen vorfinden. Es sind dies die Sitzungsdaten des GGR für das Jahr 2012, dann der Halbjahresbericht zur Schulsozialarbeit sowie die dringliche Motion von Hans-Jörg Rhyn mit dem Titel: "AKW Mühleberg – unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz". Über die Dringlichkeit dieses Vorstosses werden wir nach den Mitteilungen des Gemeinderates befinden. Ich habe noch zwei weitere Bemerkungen: Ihr konntet in den Unterlagen zur heutigen Sitzung auch die Einladung zur Eröffnung der Kulturspur, welche am 2. September 2011 um 18.30 Uhr stattfindet, vorfinden. Die Eröffnung findet auf dem "Dorfplatz" beziehungsweise auf dem Cellwar – Areal statt. Es wird ein kleiner Apéro offeriert. Es ist für die Organisatorinnen und Organisatoren sicher schön, wenn möglichst viele GGR – Mitglieder an diesem Grossanlass teilnehmen können. Soweit ich informiert bin, werden für den Anlass immer noch Freiwillige gesucht. Zollikofen verfügt seit neustem über ein filmisches Porträt. Viele von euch haben dieses sicher schon gesehen. Es liegt eine DVD mit dem Film auf. Ihr seid herzlich eingeladen eine DVD mit nach Hause zu nehmen.

---

### Mitteilungen der GPK

Bruno Vanoni, GPK: Ich habe eine Information in Zusammenhang mit der Regionalkonferenz. Seit unserer letzten Sitzung hat am 30. Juni auch die Sitzung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland stattgefunden. Das Protokoll wurde euch allen per E-Mail zugestellt. Für einige Beschlüsse dieser Versammlung läuft nun bis am 6. Oktober die Referendumsfrist. Gemäss Art. 60 der Geschäftsordnung des GGR ist die GPK zuständig für die Frage eines allfälligen Behördenreferendums. Wir haben uns daher in der GPK über den Inhalt dieser Referendumsvorlagen informiert und sind zum Schluss gekommen, dass es aus Sicht der Gemeinde Zollikofen keinen Grund für ein Referendum gibt. Es besteht also kein Handlungsbedarf. Es geht in beiden Vorlagen nur um eine kleine Kompetenzverschiebung innerhalb der Struktur der Regionalkonferenz und um die Verfeinerung der Finanzordnung. Man könnte hier auch noch ausführlicher über diese Vorlagen berichten, aber ich halte dies nicht für not-

wendig. Zwei andere Beschlüsse, welche die Regionalkonferenz gefällt hat, betreffen Zollikofen etwas direkter und darum möchte ich hierzu etwas sagen. Einerseits ist der Übergang zur neuen Kulturinstitution Konzerttheater Bern in finanzieller Hinsicht geregelt worden. Die anfallenden Kosten für den Übergang werden mit den Gemeindebeiträgen, welche für dieses Jahr schon bezahlt wurden, verrechnet. Unter dem Strich wird Zollikofen ca. Fr. 10'000.00 zurückerhalten. Der Übergang kostet uns also weniger. Andererseits hat die Regionalkonferenz das erste Realisierungsprogramm für den Teilrichtplan Aareschlaufe beschlossen. Dieses Programm ist für die Behörden der betroffenen Gemeinden verbindlich, somit auch für Zollikofen. So viel zu den Informationen aus der Regionalkonferenz.

---

### **Mitteilungen des Gemeinderates**

Sabine Huber, Gemeinderätin: Der Präsident hat es bereits erwähnt, ihr habt von der Schulsozialarbeit den Halbjahresbericht erhalten. Wir haben den Vergleich zum Vorjahr gemacht. Nun ist es so, dass wir im November dieses Jahres im Ausschuss Gesundheit beginnen wollen den Schlussbericht zusammenzustellen, da wir im nächsten Jahr bekanntlich darüber entschieden werden, ob wir die Schulsozialarbeit definitiv einführen wollen oder nicht. Wir wissen im Moment nicht, ob das Parlament mit den Angaben im Bericht zufrieden ist. Allenfalls bestehen Vorstellungen darüber, dass man noch etwas anderes mitberücksichtigen sollte. Über Anregungen aus dem Parlament sind wir sehr dankbar. Wenn diese bis Ende Oktober per E-Mail bei mir eintreffen, nehmen wir die Anregungen sehr gerne entgegen. Für konkrete Hinweise sind wir sehr dankbar.

Präsident: Weitere Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Wir kommen jetzt zur dringlichen Motion Hans-Jörg Rhyn betreffend "AKW Mühleberg – unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz!". Es geht jetzt um die Beratung und Entscheidung über die Dringlichkeit. Der Motionär hat das Wort.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Die Dringlichkeit dieses Vorstosses ist nicht aufgrund irgendwelcher persönlicher Gründe gegeben, sie ist durch die Tatsache gegeben, dass die BKW das Atomkraft Mühleberg bereits im September wieder ans Netz anschliessen will. Ich persönlich habe nichts zu gewinnen wenn dieser Vorstoss überwiesen wird. Ich bin nicht Nationalratskandidat. Wir haben aber alle viel zu verlieren, nämlich das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden welche für die Sicherheit von uns allen zuständig sind. Ich bitte daher das Parlament der Dringlichkeit zuzustimmen, damit der Gemeinderat den Auftrag welchen wir ihm erteilen würden, auch rechtzeitig erfüllen kann.

Präsident: Der Gemeinderat hat nun Gelegenheit sich zur Dringlichkeit zu äussern. Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder zur Frage der Dringlichkeit, aber noch nicht zu inhaltlichen Punkten. Wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall, somit stimmen wir über die Dringlichkeit ab.

### **Abstimmung:**

**Der Rat beschliesst mehrheitlich die Dringlichkeit der Motion Hans-Jörg Rhyn betreffend "AKW Mühleberg – unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz!".**

Präsident: Somit ist die Dringlichkeit der Motion gegeben. Der Vorstoss wird im Anschluss an die traktandierten Geschäfte behandelt. Es wird euch nun die Antwort des Gemeinderates zur Motion Hans-Jörg Rhyn verteilt. Somit kommen wir zu den traktandierten Themen. Die Traktandenliste ist euch zugestellt worden. Wird eine Abänderung der Reihenfolge der Traktanden gewünscht? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.**

---

---

47 Pro Protokoll

**Protokoll vom 25. Mai 2011**

Präsident: Ich habe gleich selber eine Anmerkung anzubringen: Auf Seite 124 unter Mitteilungen des Präsidenten in der Mitte des Absatzes findet man den folgenden Satz: "Für Vorstösse welche vor 2011 eingereicht worden sind, aber nicht erheblich erklärt wurden, gelten die (...)". In diesem Satz muss es heissen: "(...) aber *noch* nicht erheblich erklärt worden sind (...)". (*Der Protokollführer: Die verlangte Korrektur ist richtig und entspricht den Aufzeichnungen*). Gibt es Bemerkungen zu diesem Hinweis meinerseits? Das ist nicht der Fall. Gibt es weitere Anmerkungen zum Protokoll? Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 25. Mai 2011 als genehmigt.**

---

48 34.131. Schulanlage Sekundarstufe I

**Sekundarstufe I; Sanierung Aulabühne; Abrechnung Verpflichtungskredit**

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Thomas Ackermann, GPK: Die GPK hat keine Bemerkungen, ausser dass die Abrechnung detailliert und gut kommentiert ist.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort. Das Wort wird nicht gewünscht. Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Anne-Lise Greber-Borel, GFL: Die GFL Fraktion dankt der Bauverwaltung für die klare und gut gegliederte Abrechnung und nimmt gerne Kenntnis davon.

Präsident: Weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder. Das Wort wird nicht ergriffen. Somit kann ich folgendes festhalten:

**Von der Kreditabrechnung für die Sanierung der Aulabühne der Sekundarstufe I im Betrage von Fr. 179'640.70 mit einer Kostenunterschreitung von Fr. 1'059.30 gegenüber dem bewilligten Kredit von Fr. 180'700.00 wird Kenntnis genommen.**

---

49 34.131. Schulanlage Sekundarstufe I

**Sekundarstufe I; Betonsanierung; Abrechnung Verpflichtungskredit**

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat eine Frage zu dieser Abrechnung. Auf der Seite 1 sieht man bei der Aufstellung der Kosten: Bewilligte Mehrkosten. Die Frage der GPK lautet: Wer hat in diesen konkreten Fällen, aufgrund welcher Grundlage, diese Mehrkosten bewilligt? Es handelt sich anhand der Akten um Nachtragsofferten. Das haben wir bereits herausgefunden.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Ich werde jetzt die Fragen der GPK beantworten. Von den fünf unterschiedlichen Nachtragsofferten fielen vier, gemäss Zuständigkeiten im Beschaffungswesen in die Kompetenz der Verwaltung, welche diese auch bewilligte. Die fünfte Offerte in der Höhe von Fr. 15'798.60 wurde ebenfalls durch die Verwaltung freigegeben. Dies stellt eine Kompetenzüberschreitung dar, da für Vergaben ab Fr. 10'000.00 die Baukommission zuständig gewesen wäre. Massnahmen für die Verhinderung solcher Vorfälle wurden in die Wege geleitet.

Präsident: Das Wort ist offen für die Fraktionen. Keine Wortmeldungen, das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: In der Ausgangslage steht geschrieben, dass ein Kredit von Fr. 450'600.00 bewilligt wurde, weiter unten wird dann von einem bewilligten Kredit von Fr. 460'600.00 gesprochen. Es handelt sich wohl lediglich um Fr. 10'000.00, aber man sollte dies gleichwohl anpassen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen?

Markus Burren, SVP: Der Betrag von Fr. 460'600.00 sind korrekt. Der Gemeinderat hat am 22. Juni 2009 Fr. 10'000.00 und der GGR am 24. März 2010 Fr. 450'600.00 bewilligt.

Präsident: Es handelt sich hierbei um Bericht und Antrag, ich denke man kann dies überprüfen aber am Bericht selber wird man nichts mehr ändern. Es ist gut, dass der Hinweis erfolgt ist. Möchte sich der Gemeinderat noch dazu äussern? Das ist nicht der Fall, somit kann ich folgendes feststellen:

**Von der Kreditabrechnung der Betonsanierung der Schulanlage Sekundarstufe I im Betrage von Fr. 459'483.00 mit einer Kostenunterschreitung von Fr. 1'117.00 gegenüber dem bewilligten Kredit von Fr. 460'600.00 wird zur Kenntnis genommen.**

---

50 1.12.31 Reglement über Wahlen und Abstimmungen

**Reglement über Abstimmungen und Wahlen in Gemeindeangelegenheiten; Änderung**

Präsident: Ist das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall, somit treten wir auf dieses Geschäft ein. Ich möchte kurz das Vorgehen bei der Behandlung dieser Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglements erläutern. Zuerst werden wir einen allgemeinen Teil abhalten, in welchem allgemeine Bemerkungen abgegeben werden können. Darf ich euch bitten hier noch keine Anträge zu stellen. Anschliessend steigen wir in die Detailberatung der beiden Artikel ein. Die GPK hat das Wort.

Hannah Einhaus, GPK: Die GPK hat keine Einwände gegen diese Vorlage. Es hat allenfalls bei den Erklärungen einen Art Paragraphensalat, hier wäre mehr Verständlichkeit wünschbar.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich bitte das Parlament zu entschuldigen, dass wir das Inkraftsetzen des geänderten Reglementes in dieser Vorlage nicht aufgeführt haben. Das Reglement würde ab 1. November 2011 in Kraft treten. Noch zur Information, das Reglement wurde vom Amt für Gemeinden und Raumordnung geprüft und als gut empfunden. Ausserdem wurde gesagt, dass es sich hierbei um eine geringfügige Änderung handelt, daher muss

das Geschäft nicht dem Volk vorgelegt werden. Aber das nächste Mal wenn dieses Reglement überarbeitet wird, muss es zwingend dem Volk vorgelegt werden. Der Gemeinderat bittet das Parlament dieser Vorlage unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, zuzustimmen.

Präsident: Die Fraktionen haben das Wort.

Marianne Baumann, SVP: Wir von der SVP stehen natürlich voll und ganz hinter dieser Vorlage. Es handelt sich um eine sehr gute Dienstleistung an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Zudem ist diese Dienstleistung sozusagen gratis, da keinen weiteren Kosten anfallen. Ausserdem können wir mit dieser Änderung allenfalls die Stimmabgaben erhöhen. Auch spontan entschlossene Wählerinnen und Wähler haben somit die Chance noch zu stimmen, beziehungsweise zu wählen.

Präsident: Weitere Fraktionsmeinungen? Ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Auch das wird nicht ergriffen, wir kommen zur Detailberatung. Wir kommen zuerst zu Artikel 12. Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

**Art. 12**            Keine Bemerkungen

**Art. 79**            Keine Bemerkungen

Präsident: Auf Seite 3 unter Punkt II beim geänderten Reglement wird das Inkrafttreten nun auf den 1. November 2011 festgesetzt. Wenn es hierzu keine weiteren Bemerkungen gibt kommen wir zur Schlussabstimmung:

**Abstimmung:**

**Der Rat beschliesst unter Vorbehalt des fakultativen Referendums mit 31 gegen 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung (Anwesende Ratsmitglieder 33, Vorsitz stimmt nicht mit):**

**Die Änderung von Art. 12 und Art. 79 des Reglements über Abstimmungen und Wahlen in Gemeindeangelegenheiten wird genehmigt.**

---

51      1.92.      Parlamentarische Vorstösse

**Signalisation wichtiger öffentlicher Verkehrspunkte (Postulat Mirjam Veglio und Mitunterzeichnende)**

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

*Um 19.55 erscheint Susanne Meierhans.*

Urs Julmy, GPK: Die GPK hat keine Bemerkungen.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort. Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Elisabeth Wendelspiess, SP: Die SP dankt dem Gemeinderat für die gute Umsetzung dieses Postulates zur Signalisation wichtiger öffentlicher Verkehrspunkte. Wir sind überzeugt, dass die angebrachten Wegweiser "Tennis", "Hirzenfeld" und "Sportanlagen Mehrzweckhallen" zu einer Verbesserung der Signalisation im touristischen Bereich beitragen. Die Signalisation von wichtigen öffentlichen Verkehrspunkten trägt dazu bei, dass sich ortsunkundige gut ori-

entieren und auch schnell zum Ziel finden. Ein kleiner weiterer Schritt zu mehr Lebensqualität in Zollikofen. Wir sind mit der Umsetzung des Postulates vorwiegend zufrieden und schlagen im Namen der Fraktion die Abschreibung vor. Trotzdem möchten wir hier noch kurz bemerken, dass die Blindenschule Zollikofen als wichtige Institution im Dorf nicht ausgeschildert ist. Auch hier könnten sich eine oder mehrere Tafeln an der richtigen Stelle lohnen. Das hier aber nur als Anregung.

Präsident: Weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen?

Peter Bähler, SVP: Die SVP stellt fest, dass die sinnvolle Verbesserung der Signalisation ausgeführt worden ist. Wir können das Postulat endlich mit gutem Gewissen abschreiben. Wir wollten dies eigentlich gleich mit der Überweisung tun, aber nun ist der Zeitpunkt da.

Präsident: Weitere Wortmeldungen der Fraktionen? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Das Wort wird nicht ergriffen. Somit kann ich feststellen:

**1. Von der Signalisation wichtiger öffentlicher Verkehrspunkte wird Kenntnis genommen.**

**Abstimmung:**

Der Rat beschliesst mehrheitlich:

**2. Das Postulat Mirjam Veglio und Mitunterzeichnende wird als erledigt abgeschlossen.**

---

52 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Postulat Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Energiestadt-Gold dank Stromsparen"; Erheblicherklärung**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Postulant hat das Wort.

Christoph Merkli, GFL: Die GFL Fraktion ist von der Antwort und des Antrages des Gemeinderates enttäuscht. Als Energiestadt welche das Goldlabel erhalten möchte, müsste für das Stromsparen und die Förderung von erneuerbaren Energien mehr unternommen werden als dies heute der Fall. Das entspräche nicht nur den Zielsetzungen des Gemeinderates selber, sondern auch des Bundesrates und des Nationalrates, welche aus der Atomenergie aussteigen möchten. Das ist nur möglich mithilfe engagierter Massnahmen beim Stromsparen und zusätzlicher Produktion von nachhaltigem Strom. Das ist offensichtlich. Zu den einzelnen Anliegen des Postulates möchte ich ein paar Worte sagen. Zuerst zum Stromverbrauch von Liegenschaften und Apparaten: Bei den gemeindeeigenen Liegenschaften ist in den letzten neun Jahren der Stromverbrauch um drei Prozent gestiegen, gegenüber dem Gesamtenergieverbrauch der Schweiz, welcher um zehn Prozent gestiegen ist. Dies konnte man in der Antwort des Gemeinderates lesen. Das ist grundsätzlich erfreulich. Nur bin ich der Ansicht, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden. Was hat der Gesamtenergieverbrauch eines Landes mit dem Energieverbrauch mit dem Energieverbrauch von einzelnen Liegenschaften in der Gemeinde Zollikofen zu tun? Das sind ganz andere Bezugsgrössen. Die wirklich relevante Grösse ist die Liegenschaft selber. Und hier ist wirklich relevante Frage: Wie kann man den Energieverbrauch jeder einzelnen Liegenschaft senken? Diese Frage beantwortet der Gemeinderat nicht. Hier gäbe es mit Sicherheit entsprechende Möglichkeiten. Zum Beispiel durch den Ersatz von ineffizienten Geräten, so wie wir dies im Postulat auch vorschlagen. Zum zweiten Punkt, den Umwälzpumpen. Hier muss man sich bewusst werden, dass Umwälzpumpen und Kochherde die wichtigsten Stromverbraucher bei uns sind. Von einem

Energiefachmann habe ich mir sagen lassen, dass der Ersatz einer solchen Pumpe, eine Einsparung von rund 70 % bringt. Das sind ca. 50 Watt. Eine solche Pumpe läuft rund ein halbes Jahr pro Kalenderjahr. Gehen wir einmal von 4'000 Stunden aus. Das heisst, die Einsparung beträgt rund 200 kWh pro Jahr. Die Gemeinde Münsingen hat Fr. 100.00 an jede ersetzte Pumpe bezahlt. In nur einem Kalenderjahr kostet eine eingesparte kWh 50 Rappen, was in etwa den Produktionskosten von Solarstrom entspricht. Umwälzpumpen laufen aber viel länger. Das heisst, es könnten erwartungsgemäss mehrere Betriebsjahre eingespart werden. Die von der Gemeinde aufgewendeten Fr. 100.00 verteilen sich dadurch auf mehrere Jahre und der eingesparte Strom wird immer billiger. Auf jeden Fall günstiger als die Produktion von Strom aus erneuerbarer Energie. Das heisst ganz einfach, dass die Subventionierung von neuen Umwälzpumpen ist die günstigste Art um Ökostrom zu produzieren. Ob die Hauseigentümer bei einer solchen Aktion mitmachen oder nicht ist vor allem eine Frage der Kommunikation. Die hundert ersetzten Pumpen in Münsingen sind auf jeden Fall nicht Nichts und würden erst noch Punkte in der Energiestadt-Bewertung geben. Zum dritten Punkt, den Strassenbeleuchtungen. Hier freut es mich zu lesen, dass bei den Strassenbeleuchtungen jeweils die energieeffizienteste Technologie eingesetzt wird. Der Gemeinderat beantwortet aber die Frage nach der Abschaltung von Laternen und Schaufensterbeleuchtungen in der Nacht nicht. Hier wäre allenfalls Stromsparen möglich, ohne dass es jemanden stören würde. Viertens, zur Förderung des Ökostroms: Auch in diesem Punkt freut es mich natürlich zu lesen, dass die Gemeinde bereit ist, Gesuche und zinslose Darlehen wohlwollend zu prüfen. Wir finden aber, dass die Gemeinde hier allzu zurückhaltend ist. Warum setzt sie sich nicht aktiv dafür ein, dass auf jedem grösseren Gebäude der Gemeinde Photovoltaik-Anlagen entstehen? Warum setzt sie sich beispielsweise nicht dafür ein, dass auf dem Geisshubelschulhaus, welches renoviert werden soll, eine solche Anlage entsteht? Warum geht sie nicht so weit wie die Stadt Biel, welche gerade beschlossen hat einen Kataster über sämtliche Gebäude der ganzen Stadt zu erstellen, ob man Solarenergie erzielen kann oder nicht. Somit komme ich zum Fazit: Die Gemeinde will das Goldlabel des Vereines Energiestadt. An der letzten GGR – Sitzung hat unser Gemeindepräsident gesagt, dass man über die Zielerreichung im Moment noch nichts sagen kann, weil die europaweiten Bewertungsrichtlinien überarbeitet werden. Tatsache ist, dass beim letzten Audit die Punktzahl nur gehalten werden konnte. Wenn man davon ausgeht, dass die Richtlinien wahrscheinlich noch strenger werden nicht milder, wird klar, dass die Gemeinde mehr machen muss als dies heute der Fall ist um das Goldlabel zu erreichen. Unser Postulat will ja genau das. Die Antwort des Gemeinderates ist zu zurückhaltend und zu abwartend. Man darf auch nicht vergessen, dass Sparen von Energie und Förderung von erneuerbaren Energien mehr ist als eine Label – Frage, sondern eine Frage der Kosten, der Lebensqualität, der Nachhaltigkeit und eben auch des Images einer Gemeinde. Zum Schluss noch ein politischer Hinweis: Dies ist der erste Vorstoss welcher vom Gemeinderat beantwortet worden ist, nachdem der Bundesrat den Atomkraftausstiegs – Entscheid beschlossen hat. Daher müsste man erwarten können, dass dieser Entscheid nicht so ausfällt, als wäre dies gar nicht geschehen. Ich bitte das Parlament das Postulat in dieser Form erheblich zu erklären.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Dass der Postulant enttäuscht ist, verstehe ich nicht und der Gemeinderat auch nicht. Und wenn man schon mit Zahlen der Gemeinde Münsingen jongliert, dann bitte ich Herrn Merkli auch mit den richtigen Zahlen zu jonglieren. Münsingen hat nicht Fr. 100.00, sondern pro Umwälzpumpe Fr. 350.00 bis Fr. 400.00 subventioniert. Das ist der erste Punkt. Darum war sich der Gemeinderat auch einig, dass die finanziellen Förderungsprogramme in diesem Punkt bezüglich Aufwand und Ertrag in einem grossen Missverhältnis stehen. In Münchenbuchsee wurden Fr. 100.00 gesprochen und dort waren 20 Personen bereit die Umwälzpumpen umzufunktionieren. Aus all diesen Gründen schlägt euch der Gemeinderat vor, das Postulat nicht erheblich zu erklären, da gewisse Massnahmen welche der Postulant fordert, zum Teil bereits umgesetzt sind oder noch umgesetzt werden. Es heisst nicht dass wir nichts machen, im Gegenteil, wir machen in diesem Bereich

sehr viel. Ich bitte Herrn Merkli noch einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass wenn man mit Zahlen jongliert auch die richtigen Zahlen verwendet.

Präsident: Wir kommen zu den Fraktionen, wer wünscht das Wort?

Markus Dietiker, SP: Wir zweifeln nicht daran, dass Zollikofen Strom spart und ihre Rolle als Vorbild wahrnimmt. Die SP Fraktion ist aber der Meinung, dass zusätzliche Massnahmen im Bereich zur Förderung im Energiesparen sicher nicht schaden können. Wir möchten deshalb diesem gut vorbereiteten Postulat von Christoph Merkli zustimmen und dieses als erheblich erklären lassen.

Präsident: Weitere Fraktionsmeinungen.

Peter Bähler, SVP: Energie sparen, Energie effizient einsetzen und nicht vergeuden ist ein Ziel und ein Prinzip, gegen welches nichts einzuwenden ist. Doch diese Prinzipien sollte man nicht nur auf die Energie begrenzen. Alle Ressourcen, über welche wir verfügen, müssen wir sparsam einsetzen. Zum Beispiel Wasser, Rohstoffe, Erdöl, den Boden und auch die Finanzen muss man nachhaltig bewirtschaften. Das Postulat, über welches wir entscheiden müssen, konzentriert sich einseitig auf die Elektrizität. Bei der Ausgangslage wird bereits quasi als Basis erwähnt, dass sich 47 % der Stimmenden in Zollikofen gegen ein neues AKW ausgesprochen haben. 47 % sind eine Minderheit. Ich weiss, aus der noch gar nicht so langen Geschichte, dass die GFL Mühe hat, demokratische Mehrheitsentscheide zu akzeptieren. Doch, dass sie sogar Minderheitsentscheide in eine Mehrheit umwandelt, das finde ich doch ein wenig übertrieben. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort das Postulat abgehandelt. Die SVP kann diesen Ausführungen vollumfänglich folgen. Darum werden wir dieses Postulat nicht als erheblich erklären. Es kann nicht sein, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, dass wir Steuergelder für Umwälzpumpen an Hauseigentümer verteilen, für Aufwendungen, welche sie dann gleichzeitig noch den Steuern abziehen können. Oder ist das wirklich die neue rot-grüne Finanzumverteilungspolitik? Zollikofen hat im Bereich der Energieeffizienz als Gemeinde ihre Möglichkeiten, wenn sie sich geboten haben, immer gut genützt. So sind die Neubauten und Sanierungen der Gemeindebauten zu erwähnen, der Ersatz der Strassenbeleuchtung ist bereits erfolgt. Ebenso schaut sie beim Kauf von Maschinen und Geräten auf diesen Punkt und diesen Weg unterstützt die SVP und diesen soll man auch weiterverfolgen. Mit dieser Vorreiterrolle, welche die Gemeinde hat, können wir auch private Investoren überzeugen. Wir sind zufrieden, wenn es in Zollikofen nur grüne Bauherren gibt und dies auch so umsetzen. Zudem gibt es nicht nur auf der Gemeinde, sondern auch noch weitere private Beratungsstellen. Die SVP will kein Energiestadt – Goldlabel, koste es was es wolle. Die Umverteilung schafft nur Fehlanreize. Wir wollen keine kommunalen Subventionen. Wir finden es auch schlecht, was zum Teil in anderen Gemeinden geschieht: Dass Leute beim Investieren in Bauten, Photovoltaik – Anlagen auf ihren Dächern installieren wollen, der Postulant hat dies vorhin angesprochen und anschliessend unter dem Vorwand der Ästhetik, der Denkmalpflege etc., einen Korb vom Kanton erhalten. Dies würde der Energiestadt Zollikofen schlecht anstehen, wenn dies vorkommen sollte. Auch der Kanton hat nicht gerade gegläntzt. Er hat nämlich in diesem Sommer im Gebiet der Rütli ein Dach versetzt. Er hat aber keine Solaranlagen oder Photovoltaikanlagen installiert. Warum weiss ich nicht aber es ist einfach schade. Hier besteht noch Handlungsspielraum. Blockiert nicht die Privaten, wenn diese etwas realisieren wollen. Man muss hier den Hebel ansetzen, damit das Umfeld stimmt. Darum lehnen wir das vorliegende Postulat ab.

Präsident: Weitere Fraktionen, welche sich äussern wollen?

Markus Lötscher, FDP: Von einer guten Energiestrategie erwarten wir unter anderem, dass sie zeigt, wo und wie in der Gemeinde Energie gespart werden kann, welche Möglichkeiten für alternative Energien bestehen aber auch wo es Innovationspotential hat und welche Optionen für ein Zusammengehen mit den Nachbargemeinden bestehen. Am 24. März letzten Jahres hat der GGR eine Motion von Bruno Vanoni als Postulat an den Gemeinderat über-

wiesen und damit den Gemeinderat aufgefordert, das Umweltkonzept der Gemeinde Zollikofen zu überprüfen und zu erneuern. Das Umweltkonzept umfasst verschiedene Teilbereiche, darunter auch die Energie. Im Konzept werden die Aufgaben der Gemeinde beschrieben, der Ist und Soll-Zustand dargestellt und Massnahmen aufgeführt. Am 13. April dieses Jahres hat der GGR wieder eine Motion von Bruno Vanoni als Postulat an den Gemeinderat überwiesen. Darin wird der Gemeinderat unter anderem aufgefordert, eine Energiestrategie auszuarbeiten. Ausgehend von diesem doppelten Auftrag an den Gemeinderat zum Thema Energie ist es nicht nachvollziehbar, warum ein weiterer Vorstoss eingebracht wird. Es kann sich eigentlich nur um wahltaktische Gründe handeln. Solche sich wiederholende Vorstösse ohne neue Substanz verbrauchen aber sinnlos Ressourcen beim Gemeinderat, bei der Verwaltung und beim GGR. Und sie stehen sicher nicht im Einklang mit der Forderung nach Einsparungen. Die Energiefrage stellt uns vor grosse Aufgaben, das ist klar. Energiesparen ist eine Massnahme von der man viel erhofft. Leider sind bis jetzt aber häufig die Einsparungen mit zum Beispiel effizienteren Techniken durch einen Mehrverbrauch in anderen Bereichen wieder ausgeglichen worden. Denken wir nur an die boomende Informations- und Kommunikationstechnologien aber auch an häufig gelobte Innovationen wie das "E-Bike", das stromfressende Velo. Auch den Unterzeichnenden des Postulats ist es offensichtlich schwer gefallen Beispiele zum Energiesparen zu finden. Ist doch Punkt 3 des Postulats im Wesentlichen schon in Punkt 1 enthalten. Und Punkt 4 schneidet das Thema alternative Energien an, was nichts zu tun hat mit Stromsparen. Die Herausforderungen sind in der Tat gewaltig. Es bräuchte gemäss den Angaben im Postulat eine 77-fache Leistungssteigerung des Solarkraftwerkes Zollikofen oder 116 Kleinwasserkraftwerke, um den aktuellen Jahresverbrauch der gemeindeeigenen Gebäude zu decken. Angesichts von den schon erteilten Aufträgen bezüglich Energiekonzept und dem darin enthaltenen Energiesparen, sieht die FDP Fraktion keinen Grund, das Postulat Merkli als erheblich zu erklären. Sie erwartet aber vom Gemeinderat eine zukunftsgerichtete Energiestrategie und zügiges Vorwärtsgen.

Susanne Meierhans, CVP: Natürlich ist es auch für uns von der CVP ein wichtiges Anliegen, möglichst viel Energie zu sparen und erneuerbare Energien zur Schonung der kostbaren Ressourcen und zum Schutz der Umwelt zu nutzen. Auch uns liegt das Ziel am Herzen in absehbarer Zeit das Energiestadt-Goldlabel zu erreichen. Bei diesem Postulat fehlt uns einerseits die Nachhaltigkeit. Es rennt offene Türen ein und es lässt, wie bereits erwähnt, die Möglichkeit anderer Technologien, wie man Energie sparen kann, aussen vor. Wir wissen, dass in den Kommissionen bei Vergaben der Aspekt der Verträglichkeit geprüft wird und dass auch neuste Technologien berücksichtigt werden. Diese Überlegungen fliessen dann regelmässig auch in das Budget ein. Wir haben das Gefühl, dass dieses Postulat der falsche Weg ist und lehnen die Erheblicherklärung ab. Wir erwarten aber weiterhin vom Gemeinderat, dass er sich dafür einsetzt, dass die Gemeinde Zollikofen so rasch als möglich das Goldlabel der Energiestadt erreichen kann.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte noch einmal etwas aus Sicht der GFL Fraktion sagen. Eine Vorbemerkung: Ich besuchte gestern Abend einen Vortrag des energiepolitischen Sprechers der Grünen im deutschen Parlament. Dieser zeigte eine Landkarte von Deutschland. Auf dieser Landkarte waren Gemeinden und Landkreise eingezeichnet, welche sich dazu bekennen, in den nächsten 20 Jahren ihren Strombedarf vollständig zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu decken. In Bayern sind dies beispielsweise Gemeinden, welche von der CSU beherrscht sind, also einer durchaus bürgerlichen Partei. Als ich dies gestern hörte und nun die Aussagen heute hier im Parlament höre, dann sind dies zwei Welten, welche für mich auseinanderklaffen. Ich stelle einfach fest, dass in Deutschland, auch seitens der bürgerlichen Regierung, viel mehr möglich ist in Bezug auf Förderung von Energiesparen und erneuerbaren Energien, als man in der Schweiz behauptet es sei möglich. Ein Richtmass, welches allenfalls das Parlament interessieren könnte ist, dass die Unternehmen, welche in der Energieagentur der Wirtschaft zusammengeschlossen sind, es geschafft haben, in den letzten Jahren 10 % des Stromes einzusparen, obwohl sie wirtschaftlich prosperiert haben. 10 %

einsparen, das müsste doch eine Zielsetzung sein und nicht, dass man sagt eine 3 prozentige Steigerung sei schon sehr gut. Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung oder eigentlich eine persönliche Erklärung nach dem Ratsreglement: Ich finde es unerhört was Peter Bähler gesagt hat. Man wisse, dass die GFL Mühe habe demokratische Mehrheitsentscheide zu akzeptieren. Ich nehme nicht an, er spielt auf einen Kommissionsentscheid an, welcher vor einiger Zeit in dieser Gemeinde widerrechtlich gefällt wurde und anschliessend vom Regierungsstatthalter korrigiert wurde. Ich bitte Peter Bähler entweder Beispiele zu nennen, bei welchen wir demokratische Mehrheitsentscheide nicht akzeptiert haben oder sonst den Vorwurf zurück zu nehmen.

Präsident: Weitere Ratsvoten?

Hans-Peter Baumann, SVP: Ich kenne die Situation in Deutschland vor allem in Niedersachsen sehr gut. Ich muss euch mitteilen, dass die Massnahmen, welche dort umgesetzt werden wohl nicht in unser Konzept passen. Es werden grossflächig Futtermittel angebaut, welche dann in Biogasanlagen verarbeitet werden. Dies führt dazu, dass Monokultur wie Mais, Roggen etc. eingesetzt werden. Das ist ganz klar nicht die Politik der Schweiz und deshalb haben wir in diesem Bereich auch einen entsprechenden Rückstand. Dies gilt es zu berücksichtigen. Ich gebe zu, dass im Bereich Minergie grössere Anstrengungen unternommen worden sind. Aber in diesem Bereich sind in Deutschland auch weniger Konflikte bezüglich Landschafts- und Heimatschutz auszumachen. Man muss diese Verhältnisse auf unsere Verhältnisse adaptieren.

Präsident: Letzte Wortmeldungen vor dem Schlusswort.

Heinz Buser, FDP: Eigentlich wollte ich nichts sagen aber Bruno Vanoni hat mich bezüglich Deutschland ein wenig aufgescheucht. Es gibt bereits zwei Gemeinden in Deutschland, eine in Bayern und eine in Baden-Württemberg, welche zu 100 % von Ökostrom leben. In keiner der beiden Gemeinden befindet sich ein Gewerbebetrieb, welcher Strom benötigt. In keiner der beiden Gemeinden befindet sich eine signifikante Anzahl von grösseren Mehrfamilienhäusern, sondern lediglich Einfamilienhäuser. Nun folgt das Problem: Im Winter von Mitte November bis Mitte Februar decken auch diese Gemeinden ihren Strombedarf nicht ökologisch selber. Sie decken ihren Strombedarf über das ganze Jahr gesehen, das stimmt. Aber im Winter müssen sie von irgendwoher ihren Strom beziehen. Somit sieht die Welt gleich anders aus. Im Postulat werden die 10'000 kWh Ökostrom des Kleinwasserkraftwerkes erwähnt. Hierbei handelt es sich lediglich um den Strombedarf von zwei bis drei 4 Personen Haushalten. Bei den 15'000 kWh Solarstrom handelt es sich um den Strombedarf von rund 4 Haushalten, sofern die Sonne scheint. Über das ganze Jahr gesehen würde dies den Strombedarf decken aber wenn die Sonne nicht scheint, muss man den Strom von anderswo einkaufen. Für solche Sachen ein Goldlabel zu vergeben, erscheint mir nicht sehr sinnvoll. Generell habe ich den Eindruck es spricht nichts dagegen wenn wir Energie sparen: Wärmedämmung, Solarpanel für Warmwasser und sogar für die Heizung, das ist alles sehr gut. Bei Solarpanels für Strom ist das nicht möglich. Wenn wir am meisten Strom brauchen, das ist im Winterhalbjahr, wird am wenigsten Solarstrom produziert. Die Solarindustrie beziehungsweise der Solarverband hat ein tolles Inserat mit folgendem Werbespruch kreiert: "Solarstrom wird dann am meisten produziert, wenn man am meisten braucht." Das stimmt im Sommer. Am Mittag wird am meisten Solarstrom produziert, am Abend etwas weniger. Im Winter stimmt dies überhaupt nicht. Im Gegenteil: Die Jahreskurve verhält sich genau entgegengesetzt. Im Winter ab 17.00 Uhr wird keine einzige kWh Solarstrom produziert und genau in diesen Zeitpunkt fällt die absolute Spitze des Stromverbrauches. Die Winterabendspitze ist höher als die Wintermittagsspitze. Ich habe 8 prominente Grüne, Herr Bäumlle, Herr Rechsteiner und andere angefragt, wie sie im Winter den Strom am Abend decken würden. Ist das Parlament der Ansicht eine dieser Personen habe mir eine Antwort geschickt? Dem ist nicht so. Niemand hat mir eine Antwort zukommen lassen. Dieses Problem ist schlicht nicht gelöst. Man vergisst immer, dass man Strom immer nur dann brauchen kann wenn er auch produziert wird. Zumindest ist das heute so. Er muss genau dann bereit stehen, wenn er

auch gebraucht wird. Einzige Alternative dazu wären Pumpspeicherkraftwerke und wie die Grünen hierzu stehen, wissen wir alle hinsichtlich der Grimsel. Das ist die einzige speicherbare Form von Strom. Sonst gibt es nichts. Ich habe einen CEO eines grossen städtischen Energieversorgers, welcher im Bereich der grünen Energie sehr engagiert ist, genau zu dieser Problematik befragt. Er hat mir geantwortet, wenn er eine Lösung zu diesem Problem hätte, wäre er schon lange nicht mehr CEO dieses Werkes. Es gibt keine Argumente dagegen alle Möglichkeiten diesbezüglich auszuschöpfen aber das Grundproblem können wir nicht lösen. Und die Aussage: Italien hat keinen Atomstrom, muss präzisieren. Italien führt 35 % ihres Stromes ein, weil sie ansonsten ihren Stromverbrauch nicht decken können. Der eingeführte Strom ist Kohlenstrom und nicht Atomstrom. Österreich muss 20 % Strom einführen, ein Teil davon ist Atomstrom. Die Liste liesse sich beliebig weiter führen. Deutschland hat nun AKW's abgeschaltet und hat im Gegenzug Kohlenkraftwerke hochgefahren. Und dies noch zum Schluss: Die deutschen Kohlenkraftwerke stossen fast doppelt so viel CO<sub>2</sub> aus wie der ganze deutsche Strassenverkehr. Das grösste deutsche Kohlenstromkraftwerk produziert genau halb so viel CO<sub>2</sub> wie die ganze Schweiz. Man muss also sehr wohl überlegen wo und wie man welche Energie und vor allem auch zu welchem Zeitpunkt bezieht. Meine Meinung zu diesem Postulat habe ich somit auch klar ausgedrückt.

Präsident: Bevor wir nun zum Schlusswort des Gemeinderates kommen frage ich noch einmal ob noch Wortmeldungen gewünscht werden.

Peter Bähler, SVP: Ich möchte mich noch kurz dazu äussern worin mich Bruno Vanoni angesprochen hat. Hier geht es nicht um einen Vorfall in Zollikofen, dieser ist für mich abgeschlossen. Es geht um die Beschwerde welche im Zusammenhang wegen 300 Stimmen auf Kantonsebene geführt worden ist. Hier unterstellt man den Gemeinden, sie haben falsch gezählt.

Toni Oesch, FdU: Bevor die Abstimmung über die Erheblicherklärung des Postulates stattfindet, möchte ich Herrn Merkli fragen, was er zu den Vorwürfen von Herrn Funk betreffend der Zahlenjongliererei sagt? Noch zum Formellen: Man hat jetzt wieder gesehen, dass bei den Fraktionen zwei bis drei Personen sprechen können, das macht rund 20 Minuten. Wenn einer alleine spricht, wird er nach 10 Minuten angewiesen, aufzuhören. Dies zur Kenntnisnahme. Herr Merkli hat zweimal das Wort "sagen" gebraucht: Es sei ihm gesagt worden. Deshalb sage ich es noch einmal. Statt zu sagen: "Steter Tropfen höhlt den Stein", kann man sagen: "Stetes Sagen höhlt den Baum oder den Stein." Deshalb stimme ich der Erheblicherklärung zu. Man kann immer etwas versuchen oder auch lange Vorträge halten wie der Freisinn. Wir haben heute noch ein AKW-Geschäft zu behandeln. Ihr habt gezeigt, wo ihr etwa steht, indem ihr der Dringlichkeit nicht zugestimmt habt. Letztes Mal wurde Fukushima erwähnt. Seit diesem Vorfall hat sich einiges geändert und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Es gibt also nicht nur im Bundesrat ein Umdenken, sondern auch im Volk und das müssen wir berücksichtigen.

Christoph Merkli, GFL: Ich werde diese Frage beantworten. Es tut mir leid, wenn diesbezüglich Irritationen entstanden sind. Es ist tatsächlich so, dass die Gemeinde Münsingen Fr. 100.00 bezahlt hat und Fr. 250.00 sind vom Unternehmer, welcher die Pumpen verkauft hat, bezahlt worden. Zusammen ergibt dies Fr. 350.00 und somit geht die Rechnung auch auf. Wenn ich schon hier stehe möchte ich noch zwei, drei andere Bemerkungen über das bereits Gesagte loswerden. Es ist richtig, dass bei der Abstimmung 47 % der Stimmenden in Zollikofen für die Abschaffung des AKW Mühleberg gestimmt haben. Aber dies war vor dem Unfall in Fukushima. Mittlerweile gehen wir davon aus, dass es mehr sind. Die Beispiele von Peter Bähler betreffend der Solardächer, bei welchen der Denkmalschutz dagegen ist und nun der Kanton auf der Rüti selber Solardächer vergisst oder aus anderen Gründen dagegen ist, sprechen meines Erachtens genau dafür, dass man ein solches Postulat erheblich erklären sollte.

Präsident: Wir kommen zum Schlusswort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich habe eigentlich nicht mehr viel zu sagen. Was ich betreffend der Kohlenkraftwerke in Deutschland sagen wollte, wurde bereits gesagt. Bezüglich der Fr. 350.00 habe ich recht gehabt, vielen Dank Herr Merkli, dass Sie das bestätigen konnten. Ich bitte das Parlament noch einmal, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Präsident: Ich habe vorhin Markus Burren übersehen. Da dies mein Fehler ist, gebe ich Herrn Burren das Wort.

Markus Burren, SVP: Nicht nur der Kanton vergisst Solaranlagen. Wenn ein Einwohner von Zollikofen eine Solaranlage bauen will und dies der Denkmalschutz oder der Kanton verhindern, bereitet mir ein wenig Mühe. Es hätte sicher eine grössere Anlage realisiert werden können. Es gibt hier Gegensätze. Manchmal wird genau von der gleichen Stelle gefordert, man soll etwas tun und anschliessend wird es von der gleichen Stelle wieder verhindert. Noch zu den Umwälzpumpen: Diese kann jeder selber austauschen und müssen nicht unbedingt subventioniert werden. Ausserdem möchte ich schon einmal festgestellt haben, dass in diesem Saal nicht 4 Bürger sitzen, welche ein Minergiehaus besitzen. Aber es wird immer gefordert. In der entsprechenden Baubewilligung kann man davon aber nichts erkennen, es wird nur das Minimum realisiert.

Präsident: Somit schliessen wir die Diskussion und kommen zur Abstimmung über die Erheblicherklärung des Postulats.

#### **Abstimmung:**

**Das Postulat Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Energistadt-Gold dank Stromsparen" wird mit 19 zu 13 Stimmen nicht erheblich erklärt.**

---

53     1.92.     Parlamentarische Vorstösse

#### **Interpellation Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend "Amphibienschutz auf der Kirchlindachstrasse", Antwort**

Präsident: Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Wünscht der Gemeinderat ergänzende Bemerkungen dazu? Das ist nicht der Fall. Die Interpellantin kann kurz darlegen ob Sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anne-Lise Greber-Borel, GFL: Wir danken dem Gemeinderat für die vorliegende Antwort. Wir sind sehr zufrieden zu sehen, dass das Anliegen ernst genommen worden ist und dass verschiedene Massnahmen geprüft worden sind. Insbesondere ist es für alle Helferinnen und Helfer wichtig, auf eine bessere Signalisation zählen zu können. Der Verkehr ist in diesen Zeiten intensiv, die Fahrer sind oft sehr schnell unterwegs und der Platz ist eng. Mehr Sicherheit wird durch gut beleuchtete Signalisation sehr begrüsst. Sicher hilft auch eine Verlängerung des Zauns. Die Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit den Fachstellen und dem Verein Natur- und Vogelschutz Münchenbuchsee scheint uns auch sehr positiv. Zum Schluss möchte ich die Gemeindeverwaltung auf eine weitere allenfalls zu studierende mögliche Massnahme hinweisen: Als langfristige, nachhaltige Lösung wäre vielleicht die Instandsetzung eines Weihers im Wald zu prüfen. Das könnte mit der Zeit das Wanderungsproblem entschärfen.

Präsident: **Dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

---

54 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Interpellation Marceline Stettler und Mitunterzeichnende betreffend  
"Wie sorgt Zollikofen für den Umwelt- und Landschaftsschutz?";  
Antwort**

Präsident: Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Die Interpellantin hat die Möglichkeit sich kurz zu äussern.

Marceline Stettler, GFL: Ein bekanntes Sprichwort sagt: Was lange währt wird endlich gut. Sprichwörter haben meistens einen wahren Kern. Jedenfalls auf die Vorgeschichte der Umwelt- und Landschaftskommission (ULK) trifft dies zu. Die GFL begrüsst den Entscheid des Gemeinderates das Umweltschutzkonzept zu überarbeiten. Die Kommission hat bereits Mitte 2009 erkannt, dass die Aktualisierung notwendig ist. Der GGR hat im März 2010 das entsprechende Postulat der GFL gutgeheissen. Mittlerweile ist sogar von einem Gesamtpaket die Rede. Die finanziellen Mittel sind budgetiert. Es kann also losgehen. Auch wenn mit einer Verspätung, aber es kann losgehen. Wir sind gespannt.

Präsident: **Dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

---

55 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Interpellation Marceline Stettler und Mitunterzeichnende betreffend  
"Platz für Bibliothek, Tagesschule, Ludothek und Musikschule";  
Antwort**

Präsident: Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Wünscht der Gemeinderat ergänzende Bemerkungen dazu? Das ist nicht der Fall. Die Interpellantin hat die Möglichkeit sich kurz zu äussern.

Marceline Stettler, GFL: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Das ist auch ein Sprichwort. Aber dieses trifft zumindest auf die Antwort des Gemeinderates zum vorliegenden Geschäft nicht zu. Die Aussage: "Der Gemeinderat hat ansonsten keine konkreten Massnahmen für eine längerfristige Lösung geplant", enttäuscht in erster Linie die Direktbetroffenen, enttäuscht die GFL und enttäuscht auch mich. Die Verantwortlichen der Bibliothek fühlen sich schlicht nicht ernst genommen. Sie vermissen in der Antwort auch nur ein Wort des Bedauerns und oder zumindest Einsicht des Gemeinderates für ihre Situation. Die Behauptung der Platzmangel wäre bisher gegenüber der Gemeinde noch nie zum Ausdruck gebracht worden, hat diese Frauen fast ein wenig erzürnt. Mehrere Male seien sie auf der Gemeinde vorstellig geworden. Mehrere Male haben sie mir versichert. Es sei ein wenig entmutigend, wenn man sehe, dass die umliegenden Gemeinden wie Münchenbuchsee, Ittigen oder Köniz doppelt so viel Raum zur Verfügung haben wie wir hier in Zollikofen. Ebenfalls seien die Vertreter der Bibliothek mehrere Male auf der Gemeinde gewesen. Der Spielwarenverein ist seit 25 Jahren in einem Provisorium untergebracht. Dies sollte ursprünglich nur eine vorübergehende Lösung sein. Für die Verantwortlichen wird der Zustand langsam existenziell. Können Sie die neuen Spiele nicht in genügender Menge anbieten, dann wandern die Mitglieder ab und holen sich die entsprechenden Spiele einfach in der Nachbargemeinde. Somit ist wieder ein Mitglied verloren. Die Stellungnahme der Musikschule ist kurz und bündig: "Das Problem wird beschönigt, es besteht wirklich Handlungsbedarf." Die Belegungspläne für dieses Jahr sind gemacht. Mit Ach und Krach und dank den kurzfristig zur Verfügung gestellten Mieträumen sei dies möglich. Zum Teil müssen die Lektionen bereits um 12.00 Uhr begonnen werden und die Räume sind dann abends bis nach 20.00 Uhr besetzt. Aber es geht. Aber die beiden Schulleitungen bekunden langsam Mühe, dass diese Raumfrage jedes Jahr wieder auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Das kann doch auf Dauer kein Zustand sein. Vor allem weil laut

der Analyse der Schulleitung ab nächstem Jahr mit einem Schüleranstieg zu rechnen ist. Dies führt dazu, dass die Musikschule in der Sekundarstufe I in drei Jahren schlicht kein Platz mehr findet. Ich kann einfach nicht nachvollziehen, warum der Gemeinderat angesichts dieser Ausgangslage verkündet, er habe keine Massnahmen geplant. Wie wollen wir dann diese Situation in drei Jahren lösen, wenn die Musikschule wirklich keinen Platz mehr hat. Zum Schluss noch etwas Positives. Die Tagesschule lässt herzlich danken. Sie haben auf August einen weiteren Raum zur Benützung erhalten und sind damit zufrieden.

Präsident: **Dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

---

56 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Einfache Anfrage Pierre-Yves Crettenand betreffend "Gibt es eine Alternative zum Wasserverbund Region Bern AG?"; Antwort**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. **Damit ist diese einfache Anfrage erledigt.**

---

57 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Einfache Anfrage Denise Mellert und Mitunterzeichnende betreffend "Schulraumzuweisung für die Musikschule Bremgarten – Zollikofen", Antwort**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. **Damit ist diese einfache Anfrage erledigt.**

---

58 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Dringliche Motion Hans-Jörg Rhyh betreffend "AKW Mühleberg – unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz!"**

Präsident: Wir haben die Dringlichkeit gewährt. Somit hat der Motionär das Wort.

Hans-Jörg Rhyh, SP: Es ist bekannt: Eine Zeitlang hing der Grad der radioaktiven Verseuchung der nördlichen Erdhalbkugel bloss noch von der Improvisationskunst von 50 opferbereiten Kraftwerksarbeitern ab, die verzweifelt versuchten, das beschädigte Kühlsystem des AKW Fukushima wieder in Gang zu bringen. Es gelang nur teilweise. Die immer noch laufende Notkühlung führt zu periodischem Ablass von stark radioaktiv verseuchtem Meerwasser in den Nordpazifik. Dieses Wasser wird irgendwann in Alaska, Kanada und Kalifornien ankommen. Erst dann vermutlich wird der japanische AKW-Super-GAU für die Medien wieder zum Thema. In Japan aber sind Hundertausende von Menschen betroffen, haben ihr ganzes Hab und Gut, ihre Wohnhäuser und Gewerbebetriebe verloren, sie wissen nicht, wo sie im nächsten Winter wohnen werden, weil ihre ganze Region verseucht und auf unabsehbare Zeit unbewohnbar ist. Wie viele von den verstrahlten Werksarbeitern noch leben, ist nicht bekannt. Der GAU, der grösste anzunehmende Unfall, ist nicht nur eingetreten – er ist

in unvorstellbarem Ausmass übertroffen worden. In der Schweiz hat der Bundesrat aufgrund der eingehenden Analyse dieser Katastrophe am 25. Mai einen historischen Entscheid gefällt. Er will aus der Nuklearenergie aussteigen. Wir wissen auch, dass der Nationalrat am 8. Juni dem Entscheid des Bundesrats für einen kontrollierten Ausstieg zugestimmt hat. Aufgrund der Analysen mussten die Parlamentarier anerkennen, dass das Restrisiko nicht kontrolliert werden kann und dass unsere AKW sich nicht stark von jenen in Fukushima unterscheiden. Das älteste Werk, Mühleberg, hat das gleiche Kühlsystem wie jene, die in Japan nach dem Erdbeben und dem Tsunami reihenweise versagt haben. Nach den Entscheiden des Bundesrats und des Nationalrats ist die Ausgangslage eigentlich optimal. Das Herunterfahren und Abschalten des alten und der Verzicht auf ein neues AKW könnte für die BKW auch eine grosse Chance sein. Die BKW könnte als erste konkrete Strategien für die künftige Stromversorgung ohne Atom ausarbeiten. Dass das nicht einfach ist, wissen wir. Das Kapital würde nicht mehr für Investitionen in die milliardenteure Kernreakorttechnologie benötigt. Statt in Produkte französischer und japanischer Grosskonzerne können Investitionen ab sofort in neue, einheimische, ökonomisch hoch interessante und ökologisch zentrale Energieformen umgeleitet werden. Bereits im letzten Jahrtausend wurde bekannt, dass in Amerika kein Privater mehr in neue Atomkraftwerke investiert. Unterdessen ist weltweit kein einziges AKW mehr privat finanziert. Die finanziellen Risiken einer möglichen Haftung sind zu gross. Neue AKW sind daher auch in der Schweiz nicht mehr realisierbar. Neue Strategien sind also so oder so notwendig. Das AKW Mühleberg ist aber nicht definitiv, sondern nur vorübergehend vom Netz. Von einer definitiven Abschaltung will zurzeit niemand reden. Um die geht es auch heute Abend nicht. Sondern um folgendes: Am 29. Juni 2011 hat die BKW die vorzeitige, vorsorgliche Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg bekannt gegeben. Anlass sei die Nachrüstung von Kühlwasserfassungen für das Notstandssystem SUSAN. Alle Skeptiker nahmen mit Genugtuung die Bestätigung der seit Monaten dokumentierten Zweifel an der Sicherheit der SUSAN-Kühlwasserfassung zur Kenntnis. Die nuklearkritischen Fachleute protestierten aber entschieden gegen das Vorgehen, welches das eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) und die BKW wählten. Man befürchtet in Kreisen der AKW-Gegner, dass BKW und ENSI nach den Katastrophen in Fukushima unter dem Deckel der Geheimhaltung mit einem Flickwerk beginnen, welches insgesamt eher negative Wirkungen auf die nukleare Sicherheit haben könnte. Sie verlangen deshalb: Durchgehende Transparenz bei der Nachrüstung der Kühlwasserfassung, vollständige Ausmessung der Kernmantelnähte und der Zugankernachrüstung, Offenlegung des Instandhaltungskonzeptes des Kernmantels, Erdbebenertüchtigung des Notstromdiesel im Maschinenhaus, welcher die Kühlsysteme speist, Offenlegung oder Einsichtsrecht zum Sicherheitsbericht 2010 der BKW an das ENSI. Das ENSI und die BKW haben die Überflutungsgefahr für das AKW Mühleberg bis heute stark unterschätzt. Das zeigt auch eine neue Hochwasserstudie der Klimahistoriker Oliver Wetter und Christian Pfister für das Aaregebiet, die seit letzter Woche vorliegt. Demnach kam der Löwenanteil der Wassermassen, die beim Extremhochwasser von 1480 Basel überfluteten, aus dem Aaregebiet. Ich zitiere: "Aufgrund unserer Ergebnisse sollte die BKW nun dringend Fachleute mit der Abschätzung eines 10'000-jährigen Hochwassers beauftragen, in die unsere Ergebnisse einfließen", sagt Christian Pfister, Klimahistoriker und Mitverfasser der Studie. Sollte dies nicht geschehen, verstösst das ENSI gegen die Richtlinien der Internationalen Atomenergie-Organisation. Diese verlangt den Einbezug von historischem Material und von Wechselwirkungen wie Schneeschmelze usw. in die Risikoberechnung. Ein Erdbeben und ein möglicher Dammbbruch beim Wasserkraftwerk wäre eine weitere solche Wechselwirkung. Das wurde schon im Juni als Risiko thematisiert. Trotzdem soll nun eine rasche Wiederinbetriebnahme des ältesten und gefährlichsten AKW's Mühleberg mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Gestern mussten wir nämlich vernehmen, dass das ENSI die Optimierungsarbeiten beim Kühlsystem des AKW Mühleberg freigegeben hat. Die BKW will – so steht's heute im Bund – das Einlaufbauwerk des Notsystems mit drei zusätzlichen An-

saugstutzen ergänzen. Daneben soll es eine redundante Leitung geben, mit der Kühlwasser von mobilen Feuerwehropumpen eingespeist werden kann. Forderungen nach einer externen Beurteilung der Wirksamkeit der Massnahmen werden aber weiterhin ignoriert. Das überhasstete und unsorgfältige Vorgehen zeigt, dass das ENSI sich an den Interessen der BKW orientiert und dass die Sicherheit der Bevölkerung für das ENSI vermutlich zweitrangig ist. Damit muss seine Unabhängigkeit stark in Zweifel gezogen werden. Gegen die Wiederinbetriebnahme des AKW Mühleberg ohne externes Gutachten zur allgemeinen Sicherheit müssen wir uns in der Region Bern vehement wehren. Die Gemeinden in den Gefährdungszonen 1 und 2 müssen die BKW und das zuständige Departement (UVEK) auffordern, das AKW Mühleberg erst nach Vorliegen eines externen, unabhängigen und verbindlichen Sicherheitsgutachtens wieder in Betrieb zu nehmen. Allenfalls muss das ENSI von seiner alleinigen Verantwortung und Kontrollfunktion entbunden werden. Im Juli hat der Ex-Präsident der früheren Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen, Prof. Walter Wildi, genau das verlangt, mit dem Hinweis, das ENSI missachte Fakten im Bericht der japanischen Regierung zum Unfallablauf in Fukushima und es sei offensichtlich, dass das auf sich selbst gestellte ENSI nicht zu einer unabhängigen, selbstkritischen und umfassenden Aufsicht fähig ist. Es sollte deshalb einer fachlich kompetenten Oberaufsicht unterstellt werden. Zumindest müsste die heutige Kommission für nukleare Sicherheit mehr Rechte erhalten und mit Zweitgutachten zusätzliche Massnahmen empfehlen können. Im übrigen ist es nicht Neues, dass das Kernkraftwerk Mühleberg eigentlich schon seit längerer Zeit ein untragbares Risiko darstellt. Schon im letzten Jahr haben unabhängige Fachstellen – unter anderem TÜV Nord / Deutschland - darauf hingewiesen, dass das Werk im Bereich des Kernmantels, der unbestritten vorhandenen Risse und der nachträglich angebrachten Zuganker grosse Mängel aufweist. Die Kontrolle dieser Risse und Anker ist nur beschränkt möglich und deshalb ungenügend. Wer die Berichte gelesen hat, wundert sich darüber, dass diejenigen, die für die Sicherheit dieses Atomkraftwerks verantwortlich sind, noch ruhig schlafen können. Es geht ja nicht nur um die Sicherheit des Werkes, sondern um die Sicherheit von uns allen. Ein neutrales Gutachten zum gesamten Sicherheitsbereich ist deshalb zwingend nötig. Ich bitte den Rat, der Motion zuzustimmen.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort. Das Wort wird nicht verlangt. Somit ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Markus Burren, SVP: Ich fasse mich kurz. Im Namen meiner Fraktion können wir den Vorstoss unterstützen, wenn im ersten Abschnitt das Wort "verbindlich" gestrichen wird. Warum dies? Eine Expertise kann nicht mehr sein als eine Entscheidungsgrundlage. Verbindlich würde bedeuten, dass der Experte auch die Verantwortung übernehmen müsste. Somit würde man das Resultat vorneweg nehmen und ich bin der Ansicht die SP will dies auch nicht.

Präsident: Weitere Ratsmeinungen?

Peter Kofel, GFL: Wer die jüngsten Meldungen zur Kenntnis nimmt, kann schon der Eindruck entstehen, dass das ENSI und die BKW in diesem Fall etwas basteln wollen, um dieses Werk so rasch als möglich wieder ans Netz zu bringen und damit behaupten, sie könnten die Sicherheit gewährleisten. Tatsache ist aber, dass die Sicherheit vom AKW nach neusten Erkenntnissen schon bis anhin nicht gewährleistet war und darum sollte man die Sache meines Erachtens anders betrachten und dem AKW Mühleberg die Betriebsbewilligung entziehen. Für die Bewilligung ist zuerst das UVEK zuständig und das ENSI für die Freigabe. Die normalen Einsprachemöglichkeiten wären auch gegeben. Ob dies möglich ist, ist eine andere Frage aber man sollte alles in diese Richtung unternehmen. Wir sind direktbetroffen und haben diese Möglichkeit und wir sollten diese in unserem Interesse und im Interesse der Bewohner von Zollikofen wahrnehmen. Wir unterstützen daher diesen Vorstoss.

Präsident: Weitere Wortmeldungen?

Markus Burren, SVP: In diesem Fall würde man ein entsprechendes Schreiben verfassen. Allenfalls kann man mit einem Schreiben etwas erreichen. Aber wenn man so mitreden will, wie vorhin ausgeführt, dann müsste ich jetzt wohl kandidieren, dann müsste ich gewählt werden und dann könnte ich allenfalls mitreden, wenn ich in einer entsprechenden Kommission bin.

Präsident: Es wurden keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht. Es wurde von Markus Burren eine Frage hinsichtlich Änderung der Motion gestellt. Könnte der Motionär klären ob diese Änderung stattfindet oder nicht.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ich nehme Stellung zu diesem Antrag ich gehe davon aus dass es ein Antrag ist. Wenn ein externes, unabhängiges Sicherheitsgutachten zum Schluss käme, dass die Sicherheit nicht gewährleistet ist, dann kann man dem Rechnung tragen oder auch nicht. Wenn dieses Gutachten öffentlicher Natur ist und die Verantwortlichen diesem Gutachten nicht Rechnung tragen, wird man diese bei Nichtbefolgen wohl schon zur Verantwortung ziehen können. Ob es verbindlich sein muss, kann ich auch nicht sagen. Ich gehe davon aus, dass diejenigen, welche das Gutachten zur Kenntnis nehmen, dieses auch befolgen werden. Meines Erachtens kann man das Wort "verbindlich" streichen, wenn das jemanden stört. Wichtig ist, dass es sich um ein externes, vom ENSI unabhängiges Gutachten, handelt. Denn es gibt ausserhalb des ENSI mindest genauso viele gute Fachleute wie innerhalb des ENSI.

Präsident: Ich verstehe es so, dass die zwei Worte: "und verbindlichen" gestrichen und entsprechend abgeschrieben werden? Ist das richtig?

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ja

Präsident: Dann hat Stefan Funk das Schlusswort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Wir wollten eigentlich nichts sagen aber der Gemeinderat steht trotz dem was heute in der Zeitung steht, selbstverständlich zu dem was hier im Papier steht, dass die Motion erheblich erklärt werden soll. Ich bitte euch die Motion, es handelt sich hierbei um eine Richtlinienmotion, nicht mit der Schliessung des AKW Mühleberg zu verbinden. Damit hat diese Vorlage gar nichts zu tun. Das ENSI ist direkt dem Bundesrat unterstellt und nicht der Gemeinde Zollikofen. Wenn die Motion erheblich erklärt wird, werden wir selbstverständlich ein entsprechendes Schreiben verfassen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Erheblicherklärung.

**Abstimmung:**

**Die Motion Hans-Jörg Rhyn, SP betreffend "AKW Mühleberg – unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz!" wird mehrheitlich erheblich erklärt.**

---

59 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Interpellation Elisabeth Wendelspiess betreffend "Wie sicher sind die Angestellten der Sozialdienste in Zollikofen?"**

"Mitte August mussten wir in den Medien vom Doppelmord in Pfäffikon lesen. Zu Tode kam neben der Ehefrau des Mörders auch die Leiterin der Sozialdienste in Pfäffikon (ZH). Sie wurde vor dem Sozialamt erschossen, weil sie die Ehefrau des Mörders betreute und unterstützte.

Es ist menschlich und naheliegend, dass eine solche Tat Verunsicherung hervorruft und Fragen bezüglich der Sicherheitsmassnahmen bei den Sozialdiensten aufwirft.

Im Interesse der Sicherheit des Gemeindepersonals bitten wir den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie häufig wird das Gefahrenpotenzial in Zollikofen eingeschätzt?
2. Wie häufig kam es in den letzten 5 Jahren zu Drohungen oder Tötlichkeiten gegenüber Mitarbeitenden der Gemeinde?
3. Besteht für die Sozialdienste ein spezifisches Sicherheitskonzept?
4. Welche Vorkehrungen sind getroffen, um die Sicherheit von Sozialarbeiter/innen und allenfalls anderen gefährdeten Angestellten optimal zu gewährleisten?
5. Welche Anpassungen sind nach dieser Tat notwendig?

Elisabeth Wendespiess"

---

Präsident: Somit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich möchte mich bei allen für die Mitarbeit bedanken. Wir sehen uns schon bald wieder, nämlich am GGR-Ausflug diesen Samstag. Die nächste Sitzung findet am 14. September 2011 statt. Nun wünsche ich allen einen schönen Abend.